

Verwaltungsreform hat viele Väter

Basel. Die Kantonsverwaltung hat in der neuen Legislatur ein völlig neues Gesicht erhalten

VALENTIN KRESSLER

Die Verwaltungsreform ist ein Erfolg der Regierung, den Anstoss dazu gab vor über vier Jahren aber der Verfassungsrat. Und auch Klaus Wowerreit, Regierender Bürgermeister von Berlin, spielte eine wichtige Rolle.

Der 23. Januar 2007 wird in die Basler Politgeschichte eingehen: Nach mehreren Klausursitzungen präsentierte die rot-grün dominierte Regierung an einer Medienkonferenz im Rathaus die Konturen einer umfassenden Verwaltungsreform. Eine solche Reform war in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere von bürgerlichen Politikern immer wieder gefordert, von der Regierung aber nie an die Hand genommen worden.

KEIN «GRÜSS-AUGUST». Es ist nicht bei der blossen Ankündigung geblieben: In der neuen Legislatur ist die Verwaltungsreform nun Realität und hat der Kantonsverwaltung – obwohl es zu keinem Leistungsabbau kam – ein völlig neues Gesicht gegeben. Die Verwaltung besteht neu aus einem von Stadtpräsident Guy Morin (Grüne) geführten Präsidialdepartement sowie sechs Fachdepartementen. Der Präsident ist aber nicht nur «Grüss-August». Mit der Kantons- und Stadtentwicklung, den Aussenbeziehungen und dem Standortmarketing, der Integration sowie der Kultur hat das Präsidialdepartement auch mehrere wichtige Sachdossiers übernommen. Das Justizdepartement wurde aufgelöst respektive ins Sicherheitsdepartement integriert, der So-

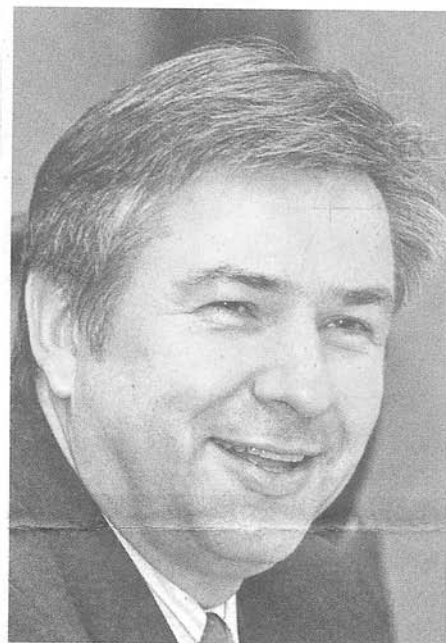


die neuen departemente

Die BaZ zeigt die Strukturen nach der Reform und die Macher dahinter

zialbereich im neuen Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) zusammengeführt. Mit Ausnahme des Finanz- sowie des Gesundheitsdepartements sind sämtliche Departemente von der Reform betroffen.

Ohne Druck von aussen wäre es allerdings kaum zu einer solch umfassenden Verwaltungsreform gekommen. Der Verfassungsrat nahm die Regierung in die Pflicht, als er sich am 18. Januar 2005, in der zweiten Lesung der neuen Kantonsverfassung, nach einer langen und kontroversen Diskussion für ein mehrjähriges Präsidium mit Präsidialdepartement aussprach. Der Entscheid kam allerdings nur durch intensive Lobbyarbeit einer überparteilichen «Gruppe Aussenbeziehungen» um die Verfassungsräte Christian Haefliger (SP), Stephan Breitenmoser (CVP) und Markus Ritter (Grüne) zustande. Die Lobbyarbeit ging sogar so weit, dass Klaus Wowerreit, der Regierende Bürgermeister von Berlin, im November 2004 von der Gruppe eigens für ein Hearing nach Basel eingeflogen wurde. Eine Stadt wie Basel



Wirkungsvoller Auftritt. Klaus Wowerreit warb 2004 für die Reform. Foto Dominik Plüss

brauche «ein Gesicht und Kontinuität», warb der SPD-Politiker für die Reform. Wowerreits Erscheinen zeigte Wirkung: Mit 37 zu 18 Stimmen hiess der Verfassungsrat das mehrjährige Präsidium letztlich überraschend klar gut.

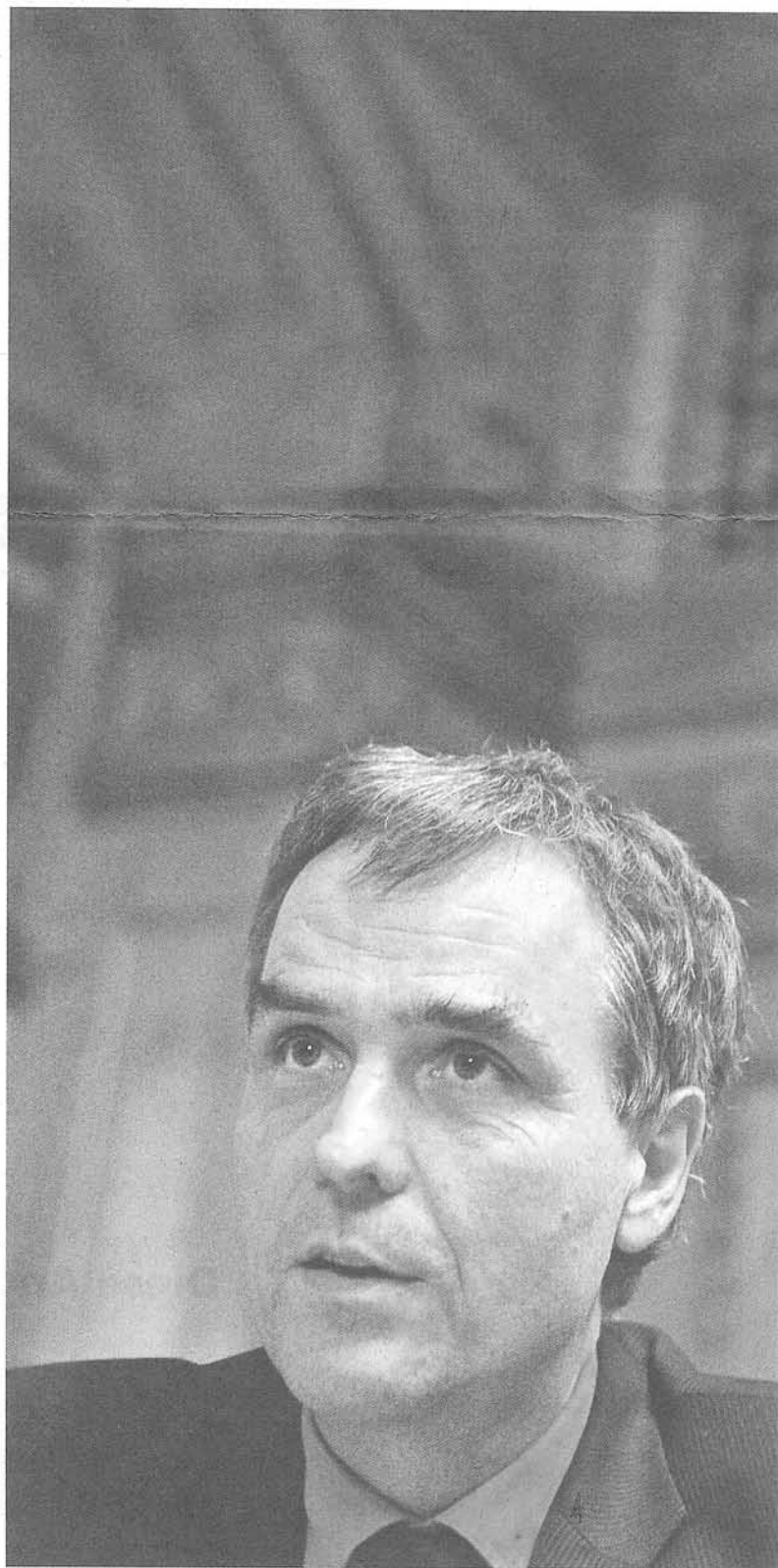
Die Regierung erhielt in der Politzene für ihre Verwaltungsreform grundsätzlich fast durchwegs gute Noten. Selbst von der Gewerkschaft VPOD, die bei Neuerungen in der Regel äusserst sensibel reagiert, kam für einmal kein Widerstand. Dies erstaunt

allerdings nicht, denn bei der Reform handelt es sich ausdrücklich nicht um ein Sparprogramm. Nur die SVP äusserte Bedenken grundsätzlicher Natur.

Im Detail hart umkämpft war einzig der Transfer der Sozialhilfe von der Basler Bürgergemeinde zum WSU. Die Bürgergemeinde sowie der Bürgergemeinde nahestehende bürgerliche Politiker wehrten sich vehement dagegen; im September 2008 unterlagen sie in einer Referendumsabstimmung aber überraschend klar. Vergebens war auch der Widerstand von Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP) und seines Kulturchefs Michael Koechlin gegen den Transfer der Kultur vom Erziehungs- ins Präsidentsdepartement. Die Regierungsmehrheit war anderer Meinung als Eymann.

Ebenfalls einiges zu reden gab das Wahlprozedere für das neue Stadtpräsidium. Im Gegensatz zur eigentlichen Verwaltungsreform liess sich die Regierung hier bei der Umsetzung der Verfassung unverständlich viel Zeit und sprach sich halbherzig für das zweistufige Verfahren aus, und der Grosse Rat folgte diesem Vorschlag. Bei den Gesamterneuerungswahlen im September 2008 wurden also zuerst die sieben Regierungsräte gewählt und erst in einem zweiten Schritt der Präsident bestimmt. Nach der stillen Wahl des Grünen Morin zum ersten Stadtpräsidenten ist die Diskussion um das Wahlprozedere nun allerdings wieder neu entbrannt. Im März 2009 überwies der Grosse Rat einen Vorstoss von Alexander Gröflin (SVP), der den Präsidenten künftig gleichzeitig mit den übrigen Regierungsräten wählen möchte, an die Regierung (einstufiges Verfahren). Damit vollzog die SVP in dieser Frage einen Kurswechsel, denn noch im Juni 2007 votierte die Partei im Grossen Rat für das zweistufige Verfahren.

MORINS LEISTUNG. Die Verwaltungsreform hat also viele Väter: Neben Verfassungsrat und Regierung haben bei der Umsetzung der Verfassung auch verschiedene Spitzenbeamte, insbesondere im federführenden Justizdepartement, eine massgebliche Rolle gespielt, allen voran Departementssekretär Lukas Huber und Adjunkt Markus Ritter. Bei ihren Klausursitzungen wurde die Regierung zudem von Peter Arbenz, Unternehmensberater und ehemaliger Flüchtlingsdelegierter des Bundes, unterstützt. Die Hauptrolle bei der Reform spielte aber der damalige Justizdirektor Morin, der als Projektleiter sein Gesellenstück ablieferte, der rot-grün dominierten Regierung einen nicht unbedingt zu erwarteten Erfolg bescherte – und sich selbst damit den Weg ebnete zur Wahl zum ersten Stadtpräsidenten. > SEITE 25



Spielte eine Hauptrolle. Der damalige Justizdirektor Guy Morin präsentierte am 23. Januar 2007 die Eckpunkte der Reform. Foto Henry Muchenberger